

Veranstaltung des Berliner Wassertisches am 28.11. 2013 (im Bernhard-Lichtenberg-Haus, Berlin-Mitte):

„Auf Rekommunalisierung (der Berliner Wasserbetriebe) folgt Demokratisierung“

Vertretene Organisationen:

AöW (Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft), attac, Berliner Energietisch, BUND, Genossenschaft-von-
unten, Mieterverein, Ökowerk, Spree 2011/Aquanet; VDBG (Verband deutscher Grundstücksnutzer),
Wassertisch Muskauer Straße; anwesend auch einige nicht organisationsgebundene Teilnehmende

Medien: Inforadio

[Interesse signalisiert haben auch, aber bei diesem Termin verhindert waren: GiB (Gemeingut in Bürgerhand),
Grüne Liga, kath. Kirche, Mietergemeinschaft, WiB (Wasser in Bürgerhand)]

Moderation: Dorothea Härlin (Berliner Wassertisch und attac Berlin)

Der Berliner Wassertisch hatte zu der Veranstaltung eingeladen, um mit interessierten Organisationen und Einzelpersonen über Möglichkeiten und Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung bei Einrichtungen der Daseinsvorsorge bzw. der Grundversorgung zu beraten – mit beispielhaftem Bezug auf die Berliner Wasserbetriebe. Da die Berliner Wasserbetriebe (BWB) bis Jahresende wieder zu 100% in öffentliches Eigentum gelangen – allerdings zu Bedingungen, die der Berliner Wassertisch stets abgelehnt hat – steht auf dem Programm (1.) die Frage, welche Eigentumsstruktur aus Sicht der Bürgerschaft sie haben sollten und (2.) die Forderung, ein Gremium der Bürgerbeteiligung zu schaffen und durchzusetzen, das in Zukunft bei richtungweisenden Entscheidungen über die BWB nicht nur beratende Funktion ausübt, sondern echte Mitspracherechte erhält, eventuell unter dem Namen „Wasserrat“ (nur vorläufiger Name). Wünschenswert wäre dabei auch die Beteiligung der Beschäftigten der BWB, die jedoch schwer zu erreichen sind, und auch die Beteiligung von Vertretern des Berliner Senats, die eingeladen wurden, aber die Teilnahme abgelehnt haben.

Für die Veranstaltung wurde der folgende Ablauf vorgeschlagen und akzeptiert:

1. Kürzest-Referate von Mitgliedern des Berliner Wassertisches als „Input“ zum Thema
2. Stellungnahmen der anwesenden Verbände (und Einzelpersonen), wenn gewünscht zu Runde 1 und Darstellung eigener Leitlinien zum Thema Eigentumsformen bei Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Bürgerbeteiligung
3. Allgemeine Diskussion

1. Runde:

- Gerlinde Schermer: Einleitung
- Mathias Behnis: Vorstellung der vom Berliner Wassertisch vorgelegten Wassercharta (vorher zugeschickt)
- Ulrike von Wiesenau: Vorstellung des Modells des Pariser „observatoire de l’eau“ (Wasser-Beobachtungs-Rat o.ä.)
- Dorothea Härlin: Diskussion des Themas auf internationalen Aktivisten-Konferenzen

(die schriftlichen Fassungen werden noch separat rumgeschickt bzw. auf die homepage: www.berliner-wassertisch.net gestellt).

2. Runde

BUND: angesichts des fortschreitenden Abbaus demokratischer Rechte sieht BUND umso mehr Bedarf an demokratischer Kontrolle der Daseinsvorsorge und verweist auf den Erfolg von 50 (?) Volksentscheiden in Bayern. Warnung vor den EU-Plänen, die mit TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) auch die gesamte Daseinsvorsorge dem Wettbewerb, d.h. in der Praxis den multinationalen Konzernen, weiter ausliefern und die Parlamente der Mitgliedsländer aushebeln wollen.

Ökowerk: Kommentar zur Wassercharta: die Vorstellungen sind unter ökologischen Gesichtspunkten zum Teil zu eng, zum anderen Teil aber zu weit gefasst, z. B. beim Thema Grundwasser im Gegensatz zu Oberflächenwasser. Technisches sollte in der Wassercharta offener gelassen werden (weitere Verständigung dazu mit dem Ökowerk ist jederzeit möglich).

AÖW: sieht kommunale Wasserwirtschaft als bundesweites Problem, sieht aber einen großen Unterschied zwischen städtischem und ländlichem Bereich und das Problem, in welchem Rahmen „Gebührenkontrolle“ ausgeübt werden kann. Beim Thema nachhaltigen Wirtschaftens müssen Ökologie und Ökonomie berücksichtigt werden. (AÖW hat dazu Papiere, die wir für die weitere Diskussion heranziehen können).

Wassertisch Muskauer Str.: Hinweis darauf, dass die Rekommunalisierung der BWB noch nicht abgeschlossen ist. Es besteht auch weiter Handlungsbedarf wegen des Spaltungsmanövers: Interessen der Wasserkunden werden gegen Interessen der Beschäftigten ausgespielt, indem die Senkung der Wasserpreise zum Teil zu Lasten der Beschäftigten gehen soll, während die Gewinnmarge natürlich unangetastet bleiben soll.

Es besteht bei den Teilnehmern Einvernehmen darüber, dass die Einbeziehung der Beschäftigten am angestrebten Diskussionsprozess über Bürgerbeteiligung dringend erforderlich und wünschenswert ist, dass es sich in der Praxis aber immer wieder als schwierig erwiesen hat, mit den Beschäftigten ins Gespräch zu kommen.

Energietisch: beim Energie-Volksentscheid ging es im Gesetzesentwurf u.a. ja ebenfalls um Festschreibung von demokratischer Kontrolle durch Bürgerbeteiligung an Entscheidungen. Der Volksentscheid wurde leider nicht gewonnen, der Energietisch habe aber „einen guten zweiten Platz gemacht“. Da der Senat unter dem Druck des erfolgreichen Volksbegehrens dem Volksentscheid den Wind aus den Segeln nehmen wollte, indem er die Gründung eines Stadtwerkes unter dem Dach der Berliner Wasserbetriebe ankündigte, sieht der Energietisch umso mehr Bedarf, mit dem Wassertisch zusammen zu arbeiten.

Einschub Wassertisch: zu diskutieren sind dabei: (1.) die Eigentumsformen AöR (Anstalt öffentlichen Rechts) gegenüber Eigenbetrieben des Landes; (2.) Strom unterliegt schon lange der EU-Deregulierung, d.h. „liberalisierten“ Wettbewerbsmärkten, während Wasser als natürliches Monopol (schon aus chemisch-physikalischen Gründen) nicht entsprechend dem Wettbewerb ausgesetzt werden kann, mit Stadtwerken könnte erneut der Gefahr der Privatisierung Vorschub geleistet werden.

VDGN: als Interessenverband von Haus- und Grundstückseigentümern sieht VdGN den Bedarf der Restrukturierung der Eigentumsform bei den rekommunalisierten BWB und steht zu diesem noch nicht ausdiskutierten Thema in Zusammenarbeit sowohl mit anderen Eigentümerverbänden als auch mit der Linkspartei; ein besonders wichtiges Thema ist ihnen dabei die Verantwortung beim Grundwassermanagement. Zum weiteren Vorgehen und auch zur Frage der Preissenkung will der VdGN die Entscheidung des Oberlandesgerichtes Düsseldorf (BWB gegen Bundeskartellamt) am 22.1.2014 abwarten.

Genossenschaft- von-unten: warnt in Bezug auf künftige Eigentumsformen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge vor Genossenschaftsmodellen: auch Genossenschaften sind eine Form des Privateigentums, die Erfahrung in der Praxis mit Genossenschaften zeigt, dass sie sich selbst ihren Mitgliedern gegenüber oft völlig intransparent verhalten. Genossenschaft-von-unten hält engere Zusammenarbeit zur Frage der Eigentumsform und der Bürgerbeteiligung bei BWB und anderen Einrichtungen der Daseinsvorsorge für sinnvoll.

Spree 2011 / Aquanet: streben das Ziel sauberen Spree-Wassers an („in der Spree wieder baden können“); Aquanet als Vereinigung von Ingenieuren beschäftigt sich mit alternativen Verfahren in der Wasserwirtschaft. Es wird großer Änderungsbedarf bei den BWB gesehen, z. B. weit stärkere Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei Bau-Maßnahmen, besser durchsetzbar durch echte Bürgerbeteiligung.

Einschub Wassertisch: konkretes Beispiel Auseinandersetzung um Bau-Maßnahmen Lausitzer Straße in Kreuzberg. Massiver lokaler Protest gegen Baumfällungen wegen Beeinträchtigungen beim Wasser führten zu einer Problemlösung, ohne dass Bäume geopfert wurden – Vorschlag: Einberufung von Anwohnerversammlungen vor Bau-Maßnahmen.

Mieterverein: möchte sich bei dieser Veranstaltung zunächst nur als Beobachter verstanden wissen.

3. Runde: allgemeine Diskussion

Konsens bestand darüber, dass eine Annäherung an die Beschäftigten der BWB weiterhin zu suchen ist, was aber angesichts der derzeitigen Unternehmensstrukturen nicht leicht ist (s.o.)

Anregungen zur Überarbeitung der Wassercharta (teils zu allgemein, teils zu technisch) werden natürlich aufgegriffen. Insbesondere sollten Fragen der Behandlung von Grund- und Oberflächenwasser noch mal genauer bedacht, ökologische Aspekte als Ziele präzise im Auge behalten werden, aber andererseits sollten heutige technische Standards nicht zu stark festgeschrieben werden.

Zur Frage öffentlich gegen privat: gab es noch als Einzelbeitrag die Frage nach Abgrenzung zwischen öffentlichem Eigentümer und Privatwirtschaft im Fall der Auftragsvergabe an private Firmen: wo ist der Verlauf der Grenze zwischen öffentlich und privat anzusetzen?

Einwände gab es von Wassertisch Muskauer Str. wegen Benennung „Wasserrat“: es ergab sich relativ schnell Einvernehmen über die Vorläufigkeit der Benennung und darüber, dass natürlich auch terminologisch unterschieden werden muss zwischen (a) einem Diskussionsforum, das sich die Schaffung eines gewählten Gremiums der Bürgerbeteiligung zum Ziel setzt und (b) diesem erst durchzusetzenden Gremium selbst.

Die Einladenden wiesen darauf hin, dass diese Diskussion beim Wassertisch vorher schon geführt worden war: der nur vorläufig gemeinte Begriff „Wasserrat“ soll nichts undemokratisch vorherbestimmen: angestrebt ist seitens des Berliner Wassertisches eine Diskussionsplattform, aus der ein Bürgerbeteiligungsgremium erst hervorgehen soll.

Konsens bestand unter den Anwesenden ferner darüber, dass man dieses Diskussionsforum fortsetzen will.

Dazu gab es den Vorschlag, sich für die Sitzungen vorher jeweils genauer thematisch zu verständigen und so etwas wie ein „Board“ von Gründern eines Wasserrats (o.ä.) zu schaffen. Seitens der Einladenden für diesen Abend (28.11.) gab es die Bitte, eventuell weitere interessierte Gruppen zur Erweiterung anzusprechen und einzuladen.

Die AöW wies auf eine eigene zum Themenkomplex einschlägige Veranstaltung am 17.1. 2014 hin (genauer per mail von AöW).

Entsprechend dem Vorschlag des VDG, das Urteil des OLG Düsseldorf zu BWB gegen Bundeskartellamt (angekündigt für 22.1.2014) vor weiterer Diskussion abzuwarten, wurde

Do, 30.1.2014, wieder im Bernhard-Lichtenberg-Haus

als nächster Termin ins Auge gefasst. Dazu wird es aber noch eine gesonderte mail-Einladung mit genauen Angaben zu Ort und Zeit geben.

Akzeptierter Themen-Vorschlag für dieses nächste Treffen von Ökowerk:

„Zukünftige Rechtsform und Struktur der Berliner Wasserbetriebe“

(Protokoll: Ulrike Kölver, Berliner Wassertisch)